



WomEx

women and gender in extremism

**Genderaspekte im Rechtsextremismus und
religiösen Fundamentalismus**

**Handlungsempfehlungen für verschiedene
Bereiche der Prävention und Intervention**

gender in extremism

WomEx

prevention | intervention



Inhalt

Vorwort	3
Das Projekt WomEx	4
Hintergrund und Ziele	4
Meilensteine	6
Ergebnisse	7
Eine Anmerkung zur (Un-)Vergleichbarkeit von Phänomenen	7
Why Gender?	8
Genderaspekte und Empfehlungen in verschiedenen Arbeitsfeldern	9
Arbeitsfelder: Wo wird mit gefährdeten Mädchen und Frauen gearbeitet?	9
Gemeinwesenorientierte Ansätze	10
Aufsuchende Jugendarbeit	20
Offene Jugendarbeit	23
Ausstiegsarbeit	28
Familienorientierte Hilfen	35
Anti-Gewalt-Trainings Gewaltaufarbeitung	41
Erfolgreiche Praxis: Beispiele aus der praktischen Arbeit	45



Vorwort

Als wir mit unserer Arbeit begannen, hieß es vielfach: „Ihr wollt etwas zu Frauen und Extremismus machen? Das ist gut. Frauen müssen viel bewusster dafür eingesetzt werden, ihre Männer, Söhne und Brüder von extremistischen Haltungen abzubringen.“ Frauen als Friedensstifterinnen? Das ist sicher ein guter Ansatz. Aber was ist mit den Frauen und Mädchen, die selbst extremistische Haltungen vertreten und verbreiten, oder aktiv werden in Jugendgangs und Terrorgruppen. Hat man sie im Blick? Und gibt es spezifische Anforderungen und Ansätze, um mit ihnen zu arbeiten? Vor allem fragt sich: Welche Rolle spielen Vorstellungen zu Männlichkeit und Weiblichkeit bei beiden Geschlechtern? Denn gewaltbefürwortende Extremist_innen aller Sorten sind jedenfalls immer auch sexistisch und homophob.

Um diese Fragestellungen ging es uns im EU-Projekt „WomEx – Frauen und Genderaspekte in Prävention und Intervention“, das wir von Januar 2013 bis März 2015 durchgeführt haben. Ein Ergebnis ist die hier vorliegende Broschüre in der Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Distanzierungsarbeit in den Bereichen Rechtsextremismus und religiöser Fundamentalismus vorgestellt werden.

Auf der Website www.womex.org finden sich weitere Ergebnisse und beispielhafte Praxisansätze von verschiedenen Trägern.

Ausdrücklich bedanken möchten wir uns bei all jenen, die uns im Laufe des Projekts in Beratungen, Fachgesprächen, Interviews und Praxisbesuchen vor Ort unterstützt haben. Unser spezielles Dankeschön geht an unsere finanziellen Unterstützer, das ISEC Programm der EU und die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie auch an das Radicalisation Awareness Network (RAN), das uns mit sehr inspirierenden Praktiker_innen auf EU-Ebene zusammengebracht hat.

Berlin, März 2015

4

Das Projekt WomEx

HINTERGRUND UND ZIELE

Die Genderperspektive hat in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit ideologisch motivierten Gewalttaten, Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Jungen und Männer sind zwar mit einem Anteil von 80 bis 90 Prozent deutlich häufiger für Straftaten verantwortlich. Weibliche Szeneangehörige und Sympathisantinnen haben jedoch nicht nur ähnlich

stark menschenverachtende Haltungen, sondern verüben auch ideologisch motivierte Rechtsverletzungen und Gewalttaten. Dabei nehmen Mädchen und Frauen teilweise spezifische Funktionen innerhalb „ihrer“ Szenen ein: Sie haben strategische Führungspositionen inne, geben den Anstoß für Gewalttaten, üben diese selbst (mit) aus oder liefern ideologische Legitimationen. Darüber hinaus stellen sie einen wichtigen Faktor für den sozio-emotionalen Gruppenzusammenhalt dar.

Bislang existieren nur wenige systematische Erkenntnisse über genderspezifische Bedeutungszusammenhänge



von biografischen, familiären, sozialen und milieuspezifischen Faktoren für die Affinität von Gewalt und extremistischen Ideologien von weiblichen Heranwachsenden. Dies gilt ebenso für genderspezifische Rollen- und Vergemeinschaftungsangebote für Mädchen und junge Frauen. Auch über genderspezifische Ansätze in der Präventions- und Interventionsarbeit in Strafvollzug, Bewährungshilfe und Sozialarbeit – in Bezug auf Frauen, aber auch auf Männer – ist bisher wenig bekannt.

Vor diesem Hintergrund hat der Berliner Verein cultures interactive e.V. im Januar 2013 sein Projekt „Women/ girls in violent extremism – WomEx“ gestartet. Gefördert im Rahmen des EU-Programms „Prevention of and Fight against Crime“ (ISEC) des EU Home Office und von der Bundeszentrale für politische Bildung verfolgt dieses Projekt während seiner 2-jährigen Laufzeit folgende Ziele:

- Überblick über existierende Interventionsansätze in der Arbeit mit gewaltbereiten/extremistischen Mädchen und Frauen im Alter von 12 bis 27 Jahren
- Sammlung und Aufbereitung von Erkenntnissen zu Arbeitskontexten, Ansätzen, Methoden und Problembeschreibungen von Praktiker_innen, die in Gefängnissen,

in der Bewährungshilfe und in Jugendhilfe-Maßnahmen bundesweit mit Mädchen und Frauen arbeiten

- Fallstudien zu möglichen Interventionen und bewährten pädagogischen Ansätzen durch Interviews mit ehemaligen Straftäterinnen und gefährdeten weiblichen Heranwachsenden
- Entwicklung von Richtlinien für genderspezifische, mädchenorientierte Ansätze der Deradikalisierung und Anti-Gewaltarbeit, Abgleich von relevanten Indikatoren der (De-) Radikalisierung mit dem aktuellen Forschungsstand
- Entwicklung eines entsprechenden Qualifizierungsseminars für das Hochschulstudium
- Aufbau eines Bundes- und EU-weiten Netzwerks für genderspezifische Deradikalisierungs- und Anti-Gewaltarbeit

**12.-13.12. 2013
Berlin**
Erste internationale WomEx-Konferenz
in Kooperation mit dem EU-weiten Radicalisation Awareness Network (RAN)
Titel: „Frauen, Mädchen und Genderperspektiven in Extremismus _Geschlechterspezifische Ansätze in Prävention und Intervention“

Internationale Vernetzung:
War der Blick von WomEx zunächst nur auf Deutschland gerichtet, so hat sich durch die Zusammenarbeit mit der RAN-Derad-Arbeitsgruppe schnell eine Ausweitung über die Grenzen Deutschlands hinaus ergeben. Anstoß war hier der WomEx-Fachaus-tausch im Dezember 2013, der gleichzeitig auch ein Arbeitsgruppen-Treffen von RAN-Derad war.

Die zweisprachige Homepage www.womex.org ging 2014 online.
Hier finden sich die aufbereiteten Arbeitsergebnisse von WomEx, Informationen zu Veranstaltungen und Fortbildungen zum Thema sowie Aktivitäten unserer Partner_innen. An der Schnittstelle von Praxis und Wissenschaft fungiert die Homepage als bundesweite und internationale Plattform für Information und Vernetzung.

Erprobung von Fortbildungsmodulen für verschiedene Zielgruppen:
zweitägige Fortbildungen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit zum Thema Rechtsextremismus und Gender in Thüringen und Sachsen (2. Halbjahr 2013), Fortbildungserprobungen für Lehrer_innen in der beruflichen Ausbildung sowie Studierende der sozialen Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences (1. Halbjahr 2014).

**30.9.-2.10.2014
Frankfurt (Main)**
WomEx-Abschlusskonferenz
in Kooperation mit dem EU-weiten Radicalisation Awareness Network (RAN) Titel: „Why Gender? _ Genderaspekte im Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus _Frauen- und Geschlechtsspezifische Ansätze der Prävention und Intervention“

ERGEBNISSE

Arbeitsfelder

Empfehlungen für die genderorientierte Arbeit mit rechtsextremen bzw. militant islamistischen (jungen) Frauen und Männern in verschiedenen relevanten Handlungsfeldern für die Präventions- und Distanzierungsarbeit.

Sammlung erfolgreicher Praxis und Methoden

Empfehlungen, Erfolgversprechende Praxis und genderreflektierte Methoden für die Arbeit mit rechtsextremen, religiös-fundamentalistischen und gewaltaffinen (jungen) Frauen und Männern, inklusive Elternarbeit; Erweiterung der Handlungsfelder für die Distanzierung in den Bereichen Jugend- und Familienhilfe.

Fortbildungsangebote

Im Rahmen von WomEx wurden verschiedene Fortbildungen für unterschiedliche Zielgruppen, u.a. in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Michaela Köttig von der Frankfurt University of Applied Sciences, entwickelt, erprobt und in das Fortbildungsangebot von cultures interactive e.V. aufgenommen.

EINE ANMERKUNG ZUR (UN-) VERGLEICHBARKEIT VON PHÄNOMENEN

7

Während unseres Projekts sind uns manches Mal Zweifel begegnet im Hinblick darauf, dass wir uns nicht nur mit Genderaspekten im Rechtsextremismus sondern auch im religiös-islamistischen Fundamentalismus beschäftigen. In Deutschland gelten diese Phänomene vielfach als unvergleichbar. Das sind sie sicher auch, wenn man auf historische Hintergründe, soziale Ursachen und regionale Verteilung blickt. Allerdings ist auf Ebene der genderspezifischen ideologischen Anteile ein vergleichender Blick durchaus lohnend: Wir finden hier wertvolle Hinweise für Motive der Hinwendung von (jungen) Männern und Frauen zur extremen Rechten sowie zu islamistischen Gruppierungen.

Ein zentraler Grund, sich mehrere Phänomenbereiche anzuschauen, liegt auf der Hand: Auf der praktischen Ebene der Prävention und Intervention können und sollten jene Träger, die Rechtsextremismus bearbeiten und jene, die sich mit islamistischer Militanz auseinandersetzen, voneinander lernen. Das gilt umso mehr für die – bislang sehr spärlich gesäten, aber vielversprechenden – genderspezifischen und genderreflektierten Ansätze.

8

Why Gender?

Gender ist ein entscheidender Faktor bei der ideologischen Haltung sowie der Disposition von (jungen) Frauen und Männern, sich Rechtsextremismus oder militant-religiösem Fundamentalismus zuzuwenden. Einige Thesen:

- Es gibt genderspezifische Ideologien und Strategien von extremistischen Gruppen.
- Teils vormoderne Rollenvorstellungen prägen rechtsextreme, islamistische und christlich-fundamentalistische Ideologien.
- Die Beteiligung von jungen Männern und Frauen in extremistischen Gruppen ist genderspezifisch.
- Mädchen und Frauen werden nicht als politisch aktive Extremistinnen wahr- bzw. ernst genommen. Das erleichtert ihren strategischen Einsatz, ob für die Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit oder Bombenattentate.
- Konfliktreiche Genderthematiken sind oftmals eine der Ursachen dafür, dass junge Männer und Frauen sich extremistischen Szenen zuwenden.
- Sexismus, Homophobie und Ungleichwertigkeitsvorstellungen von Frauen und Männern sind wesentlicher Teil rechtsextremer sowie, islamistisch- und christlich-fundamentalistischer Ideologien.

Genderaspekte und Empfehlungen in verschiedenen Arbeitsfeldern

9

ARBEITSFELDER:

WO WIRD MIT GEFÄHRDETEN

MÄDCHEN UND FRAUEN GEARBEITET?



GEMEINWESENORIENTIERTE ANSÄTZE

Allgemein: Lokal verankerte Beratungs- und Hilfsangebote

Gemeinwesen meint im Grunde die Gesamtheit der örtlichen Zivilgesellschaft in Verschränkung mit allen Sozial- und Bildungsangeboten der öffentlichen Hand sowie den lokalen Medien. Das Gemeinwesen bildet damit den wichtigen und großen Rahmen, der die verschiedenen Aktivitäten – der Einzel- sowie der Klein- und Großgruppen-Intervention – unterstützend umspannen und integrieren kann. Je komplexer ein sozialer Bedarf ist, desto mehr wird es bei der Arbeit auch auf das Gemeinwesen und auf die gute gegenseitige Beziehung und Kooperation zwischen zivilgesellschaftlich engagierten Bürger_innen, örtlichen Trägern von sozialen und therapeutischen Hilfeleistungen, den lokalen Medien sowie der kommunalen Politik und Verwaltung ankommen. Dies trifft insbesondere auf die Belange von Erziehung und Jugendarbeit zu. Denn wie man weiß (seit amerikanische Kommunitarist_innen dies in Erinnerung gerufen haben):

*„Es braucht ein ganzes Dorf,
um ein Kind zu erziehen“.*

Besonders wichtig sind die Gemeinwesen für die zentralen Querschnittsbelange des guten Zusammenlebens in heutiger Zeit. Gender und der Umgang mit verschiedenartigen Geschlechterrollen und -identitäten ist einer dieser gesellschaftlichen Querschnittsbelange, der für das demokratische und menschenrechtsbasierte Zusammenleben von zentraler Bedeutung ist. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Hass-Gruppen, politisch-religiöser Fundamentalismus und ähnliche Dynamiken bilden einen anderen Querschnittsbelang, der eminente Gefährdungen des Gemeinwohls bedingt. Diese beiden Belange treten zumeist in direkter Verbindung miteinander auf.

Ferner reichen die Wirkungen von Themen wie Rechtsextremismus oder Gender mitunter weit in die vermeintlich nicht-extremistische Mitte der jeweiligen Gemeinde hinein. Sie rufen dort Empfänglichkeiten für populistische Emphasen und Ressentiment befrachtete Haltungen wach – und bringen nicht selten die dunkle Seite des Gemeinwesens zum Vorschein. Denn dass ein echter Mann eben doch eher ein „rechter“ und männlicher Mann sein sollte und nur zur Not auch schwul sein darf, dass eine Mutter, die keine „Rabenmutter“ sein will, eben



doch weitgehend zuhause bei den Kindern und jedenfalls nicht zu extravagant sein sollte, dass junge Leute in Kampfmontur und Springerstiefeln sich eben „die Hörner abstoßen müssen“ oder „einfach zu viel trinken“, oder dass eine plötzliche strenge Frömmigkeit von jungen Leuten mit muslimischem Hintergrund doch eigentlich begrüßenswert sei, sind Ansichten, die in der jeweiligen Gemeinde genauso Mainstream wie begünstigende Umgebung – und lokale Nische – für militant extremistische und/oder fundamentalistische Organisationen sind. Entsprechend häufig gaben Täter_innen von rechtsextrem motivierten und/oder sexistischen/homophoben Delikten zu Protokoll, dass es in ihrer direkten städtischen oder dörflichen Umgebung „eigentlich niemanden gab, der etwas dagegen hatte“, was er/sie in Bezug auf „Ausländer“ oder Personen mit normabweichender Genderidentität begangen hat.

Wenn es also sozialpädagogischen Interventionen, politischer Bildung und Jugendarbeit oft so schwer fällt, nachhaltige Wirkungen zu erzielen, liegt das zumeist auch daran, dass die gemeinwesenorientierte pädagogische Perspektive brach liegt und der Rahmen, also das Dorf oder das städtische Quartier, nicht mit in den Blick genom-

men wird. Das kommt freilich nicht von ungefähr, denn Gemeinwesenarbeit zu sensiblen Querschnittsbelangen – wie Gender oder Rechtsextremismus – ist oft sehr aufwändig und kontrovers, mitunter auch explosiv. Sie wird über einige Strecken auch den Einsatz von Methoden der konstruktiven Konfliktbearbeitung erforderlich machen.

In einzelnen Arbeitsbereichen – mit Gemeinwesenbezug

Kolleg_innen, die sich in sozialen Fragen von Gewalt, Extremismus und/oder Gender engagieren, haben häufig spezielle (Selbst-)Hilfegruppen und Beratungsstellen ins Leben gerufen, die dann zur festen Größe innerhalb des Gemeinwesens wurden. Häufig werden sie von Vereinen und freien Trägern aufgebaut, die am weitesten in das soziale Feld hineinreichen – und die bei den Betroffenen spontan mehr Vertrauen hervorrufen als die Organe der öffentlichen Hand dies können.

Von besonderer Bedeutung sind hierbei **offene Gruppenangebote für Männer oder Frauen**, die eine Möglichkeit suchen, sich über die stets genderspezifischen Erfahrungen von Konflikt, Aggression und Gewalt in Familie und Gemeinde auszutauschen. Dabei geht es auch um die



eigene Beteiligung an Gewalthandlungen, um archaische Familienvorstellungen und um lange tradierte Formen des Umgangs mit den eigenen Töchtern und Söhnen. Eng damit verbunden ist zumeist die Auseinandersetzung mit den oft so konfliktreichen Vorstellungen und Maßgaben über akzeptable bzw. gebotene Habitus von Männlichkeit und Weiblichkeit.

In anderen kommunalen Bereichen, wie Schulen und Jugendeinrichtungen, arbeiten die Kolleg_innen in einem – obgleich niedrigschwelligeren – Vorgehen an den glei-

chen Erfahrungsfeldern. Diese Kolleg_innen haben eine wichtige Funktion für die Schaffung von Bewusstsein und Befähigung zum inter-religiösen und inter-ethnischen Dialog sowie zur Wertschätzung von Vielfalt und Praxis von „wehrhafter Demokratie“. Verschiedenste Akteure können hier zusammenwirken, z.B. sozialraumorientierte Stadtteilbüros, Telefon-Beratungen und Anlaufstellen für Eltern und Lehrer_innen, deren Kinder und Schüler_innen in militant extremistische Zusammenhänge abzugleiten scheinen.

Für die Bearbeitung von Rechtsextremismus im lokalen Raum haben sich insbesondere in den neuen Bundesländern [Mobile Beratungsteams](#) herausgebildet. Seit der Schwerpunktsetzung des von 2001–2006 laufenden Bundesprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit seinen Teilprogrammen „CIVITAS“, „Xenos“ und „Entimon“ wurde erstmals auch die Akteursebene der Zivilgesellschaft als wesentliche Komponente in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus berücksichtigt: Das Programm CIVITAS, das speziell für die Neuen Bundesländer geschaffen wurde und auf eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort



anzielte, umfasste zwei Förderschwerpunkte: Es galt, (1) mit Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen ein Beratungsnetzwerk zu schaffen, welches über die Laufzeit des Programms hinaus Bestand hat; und (2) mit sog. „Lokalen Aktionsplänen“ Mittel für lokale Initiativen und Projekte zur Förderung von zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen im Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen.

Mittlerweile gibt es die Mobilen Beratungsteams (MBTs) oder die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus (MBR) in fast allen Bundesländern, wo sie von unterschiedlichen Trägern umgesetzt werden. Gemeinsam ist ihnen ein Vorgehen, das Analyse, Information und Beratung zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Kommune verbindet und dem allgemeinen Ziel verpflichtet ist, die demokratischen Strukturen vor Ort zu stärken. Dabei ist jedoch die zentrale Bedeutung, die den Fragen von Geschlechterrolle und Genderidentität im Rechtsextremismus und in Hass-Gruppen innewohnt, bisher nur sehr vereinzelt einbezogen worden (so bietet etwa die Mobile Beratung Hamburg eine „Geschlechtersensible Beratung bei Vorfällen mit rechtsextremistischem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund“).

Genderempfehlungen

Empfehlungen zu gemeinwesenorientierter Arbeit – Kommunalzentren/„Infohouses“

Der internationale Austausch im RAN-Netzwerk hat gezeigt, dass gerade in Dänemark und in den Niederlanden mit großem Erfolg bereichsübergreifende lokale Teams und integrierte Arbeitsweisen eingerichtet wurden, in denen Polizei, Sozialarbeit (Fan-Arbeit, Streetwork, Clubs etc.), Verfassungsschutz, Strafvollzug, Schulen sowie Jugendhilfe (Drogenberatung, Sekten-Beratung, soziale Kompetenztrainings, freizeitorientierte Angebote, Ausbildungsberatung) und Gesundheitswesen (sozialpsychiatrischer Dienst) auf kommunaler Ebene eng miteinander kommunizieren. Hierbei haben diese unterschiedlichen lokalen Dienste intelligente Formen des Informationsaustausches und des konzertierten Eingreifens entwickelt. Nach außen treten diese Arbeitsverbünde als Kommunalzentren/„Infohouses“ in Erscheinung, welche die Bürger_innen als vertrauensvolle Kontaktstellen nutzen können.

Eine besondere Relevanz haben diese Kommunalzentren seit dem im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien und Irak entstandenen transnationalen Phä-

nomen der „foreign fighters“ (d.h. Kriegsfreiwilligen bzw. Kriegerückkehrer_innen) erhalten. Hierdurch sind religiöse Thematiken der Familienberatung, Psycho-trauma-Therapie sowie Maßnahmen der Wiedereingliederung als neue Arbeitsfelder der Kommunalzentren hinzugekommen. Gerade die desillusionierte und/oder schockierte Rückkehr von einem Aufenthalt in einem von äußerster Brutalität gekennzeichneten Kriegsgelände stellt einen günstigen Zeitpunkt dar, an dem ein junger Mensch einen umfassenden psychosozialen Interventionsprozess und Möglichkeiten der Reintegration beschreiten kann. Da 10% der aus Deutschland kommenden, islamistisch motivierten Kriegsfreiwilligen Mädchen und Frauen sind, wird es zukünftig auch darum gehen, verstärkt genderspezifische Interventionen für radikalisierte junge Frauen zu entwickeln.

In Deutschland wurden mit Blick auf von Rechtsextremismus gefährdete Regionen verschiedentlich **gemeinwesenorientierte Konzepte** entwickelt. Die zentrale Handlungsempfehlung dieser Konzepte ist es, verschiedene lokale Akteur_innen für eine konzertierte Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens zu gewinnen – und damit den Umdruck von Rechtsextremismus, Funda-

mentalismus und Milieus der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit proaktiv entgegenzuwirken. Dazu gehören im Wesentlichen folgende Schritte:

- **Vernetzung** von verschiedenen kommunalen Institutionen mit funktionaler Steuerung (Schule, Kindergarten, Jugendarbeit, Familien- und Jugendhilfe, Gerichtshilfe, Städteplanung, Ordnungsamt, Polizei, Vereine, Sport, Religionsgemeinschaften, Gewerbetreibende u.a.)
- **Förderung der Wahrnehmung** für das Problem und dessen verschiedenen Aspekte
- **Schulung von Kompetenzen** der Erstreaktion bzw. spezifischer Interaktionskompetenzen für die jeweilige Institution und deren Aufgabengebiet
- **Leitbildentwicklung** von Kommunen und Regionen **Inklusive Aktivierung und Teilhabe** aller Bevölkerungsschichten
- **Präventionsprojekte** mit Kindern und Jugendlichen
- **ämterübergreifendes Fallmanagement** von rechtsextremen (jungen) Menschen (z.B. Zusammenarbeiten von Jugendhilfe und Justiz)

→ **vertrauensvoller Austausch** von Zivilgesellschaft, staatlichen Institutionen und Sicherheitsbehörden auf Augenhöhe

Für manche Regionen ist es wichtig, in gemeinwesenorientierten Konzepten auch eine Sensibilisierung zum Bereich des islamistischen Extremismus herzustellen und mit Institutionen oder NGOs zusammen zu arbeiten, die über gute Erfahrungen und Glaubwürdigkeit in muslimisch geprägten Sozialräumen verfügen.

Spezifische Empfehlungen der genderorientierten Intervention im Gemeinwesen

Die Belange von Gleichberechtigung, Geschlechterrollen und Genderidentität, die für Extremismus/Fundamentalismus und Prävention von großer Bedeutung sind, werden in den gemeinwesenorientierten Konzepten bislang kaum beachtet. Rechtsextreme Frauen und Mädchen werden nach wie vor oft als das vermeintlich harmlose Geschlecht übersehen, wenn sie, mit bestimmten strategischen Funktionen im Gemeinwesen versehen, im Elternbeirat, der Sozialarbeit, in der Kita oder in kommunalen Ehrenämtern und im Vereinslebens Einfluss entfalten. Auch die von rechtsextremen Organisationen gezielt

in Anspruch genommenen Themen mit Genderbezug (z.B. die kulturkonservativ gestimmte Ablehnung des Gender-Mainstreaming oder die Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“) werden nicht als organisierte Strategien erkannt und enttarnt. Im Bereich islamistischer Extremismus ist man in Deutschland noch zu selten darauf vorbereitet, den spezifischen Herausforderungen der sog. „Ehren-Delikte“ gegenüber Mädchen und Frauen gerecht zu werden (Zwangsverheiratung, Züchtigung, Verstoßung,



„Ehrenmord“) bzw. Formen des weiblichen Dschihads und der männlichen Vielehe zu begegnen.

Wie wichtig es ist, die Genderaspekte des jeweiligen extremistischen Milieus wahrzunehmen, geht auch aus einem kriminologischen Befund hervor. So werden nicht nur bestimmte tradierte Konzepte der Frauenrolle sowie Genderthemen von extremistischen Organisation systematisch zur Rekrutierung und Propaganda genutzt. Auch zeigen britische Kriminal-Kartographien, dass diejenigen Stadtbezirke, in denen viele genderbasierte Konfliktlagen bestehen (was z.B. an der Rate der Zwangsehen, „Ehren-Delikte“ und der Frequentierung von Frauen- und Männerhäusern bemessen werden kann), auch diejenigen Bezirke sind, in denen eine hohe Dichte von gewalttätig-extremistischen Vorfällen besteht.

Was die ländlichen Region in Deutschland betrifft, kann seit langem beobachtet werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen für Mädchen und junge Frauen zu wenig kulturelle, sportliche und soziale Angebote der Freizeitgestaltung, der Teilhabemöglichkeiten und zu wenige angemessene Ausbildungswege bestehen. Oft ist das Leben im Gemeinwesen allenfalls durch einen Fußballverein und die freiwillige Feuerwehr bestimmt.

Die kommunalen Ortsvereine und politischen Gremien sind geprägt von Männern. Die mangelnde Angebotsvielfalt für Frauen und Mädchen bedingt, dass gerade Mädchen mit höherem Schulabschluss, Mobilität und Ambition diese Regionen verlassen. Es bleiben junge Menschen mit prekären Berufsaussichten und geringer Mobilität zurück, die überwiegend männlichen Geschlechts sind. Diese Milieus sind erfahrungsgemäß stark gefährdet, sich dem Rechtsextremismus zuzuwenden.



Generelle Perspektiven von genderreflektierter Gemeinwesenarbeit.

- **Sensibilisierung und Fortbildung** von kommunalen Akteur_innen zur strategischen Rolle der Frauen im Rechtsextremismus und militanten Islamismus
- **Mädchenspezifische und genderorientierte Angebote** zur Stärkung menschenrechtlicher Haltungen in ländlichen Regionen
- **Väter- und Müttergruppen** zur Bearbeitung von Gewalterfahrungen und genderrepressiven Traditionen (wie oben für den innerstädtischen Bereich vermerkt)
- **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus** im lokalen Feld

Dies kann im Konkreten Aspekte und Maßnahmen beinhalten, wie etwa die Einrichtung eines ämterübergreifenden Kooperationsnetzwerks, welches das praxisnahe Vorgehen der Prävention und Intervention gegen Extremismus, Gewalt, Sexismus und Homophobie abstimmt, wobei nach dänischem Vorbild („Infohouses“) Polizei, Sozialarbeit (Fan-Arbeit, Streetwork, Clubs, etc.), Verfassungsschutz, Strafvollzug, Schulen, Jugendhilfe (Drogenberatung, Sekten-

Beratung, soziale Kompetenztrainings, freizeitorientierte Angebote, Ausbildungsberatung) sowie das Gesundheitswesen (sozialpsychiatrischer Dienst) auf kommunaler Ebene eng miteinander kommunizieren.

Daran angeschlossen ist die Einrichtung eines Kommunalzentrums oder einer Servicestelle, in der die ämterübergreifende Kooperation für die Bürger_innen direkt und in vertrauensgeschützter Weise zugänglich ist.



Insbesondere scheinen Maßnahmen ratsam, die die zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteur_innen vor Ort dazu befähigen,

- ... der Verharmlosung und Normalisierung von sexistischen und homophoben Äußerungen im öffentlichen Raum des Gemeinwesens auf effektive Weise entgegenzutreten, gerade auch dann, wenn dies im Kontext von rechtsaffinen oder -extremen Äußerungen und Vorfällen geschieht.
- ... die Unterstützung und den Schutz derer zu gewährleisten, die in der Gemeinde stigmatisiert sind, entweder weil sie vielfach gegen Sexismus, Homophobie und Rechtsextremismus eintreten („Nestbeschmutzer_innen“) oder weil sie selbst als Person eine alternative, von der Norm abweichende Genderidentität zum Ausdruck bringen.
- ... bei den Gemeindemitgliedern die verbreiteten Muster des stillschweigenden Einverständnisses anzusprechen, die bei homophoben und sexistischen Vorfällen nicht selten vorliegen – und alternative Reaktionsweisen anzubieten und einzuüben.
- ... Strategien der Verantwortungsverschiebung auf andere zu entgegnen und Möglichkeiten zu weisen, die persönliche Verantwortung als menschenrechtsverpflichtete Bür-

ger_in vor Ort situativ wahrzunehmen, ohne dass dadurch substantielle Selbstgefährdungen bedingt werden.

- ... kommunale Veranstaltungen zu planen und durchzuführen, um extremistische, homophobe oder sexistische Konflikt- und Gewaltvorfälle, die sich in der Gemeinde ereignet haben und dort weithin wahrgenommen wurden, in systematischer Weise zur allgemeinen Bewusstseinsbildung zu nutzen (z.B. in extern moderierten Gesprächsforen, Mediationen, Bürgerforen) – und insbesondere zu verhindern, dass die sexistischen/homophoben Aspekte des Vorfalls nicht unter dem großen Schatten der Gewalt bzw. des Rechtsextremismus verborgen bleiben.
- ... nach dergleichen Vorfällen und Gewalttaten, die einen (rechts)extremen und/oder sexistischen/homophoben Kontext hatten, ausdrückliche Solidarität mit Opfern, deren Freund_innen und Familien zu bezeugen.
- ... bei der Analyse der Gemeinde und ihrer örtlichen Ereignisgeschichte in Bezug auf Extremismus und Xenophobie auch die Kriterien Sexismus und Homophobie zu berücksichtigen.
- ... bei der Bestandsaufnahme der lokalen Potentiale und Optionen von menschenrechtsbasierter Zivilgesell-

schaftlichkeit auch die Potentiale von Genderbewusstsein ausfindig zu machen.

... zur zusätzlichen Formulierung ausdrücklich **genderorientierter Leitbilder** anzuregen, wenn städtische und ländliche Gemeinwesen bereits Leitlinien und Leitbilder zu allgemeinen Regeln des Umgangs innerhalb und dem gewünschten Image der Gemeinde nach außen formuliert haben.

... in besonderer Weise die **örtlichen Vereine einzubeziehen** und spezifische Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für Multiplikator_innen anzubieten

... **insbesondere örtliche Schlüsselpersonen einzubeziehen**, die eine hohe Prägungskraft auf die örtliche Meinungsbildung der Mitbürger_innen ausüben können.

... in festen **Kooperationen mit den Medien der Region wie auch mit überregionalen Medien** zu arbeiten. Bei den regionalen Medien geht es darum, das Verschweigen oder die Verharmlosung von Vorfällen zu vermeiden, bei den überregionalen Medien darum, dass sensationell-voyeuristische und übermäßig skandalisierende Berichte unterbleiben. Letzteres gilt erfahrungsgemäß vor allem für die genderrelevanten Aspekte der Vorfälle. Umso hilfreicher ist es, wenn bei den Verantwortlichen das Bewusstsein dafür unterstützt wird, dass die etwaigen sexistischen und/oder homophoben Aspekte solcher Vorfälle der besonderen Aufmerksamkeit und des sorgsamen Umgangs bedürfen, weil sie wichtige bürgerliche Freiheitsrechte betreffen und einen hohen Präventionswert haben.



AUFSUCHENDE JUGENDARBEIT

Allgemein

Andere gebräuchliche Begriffe für diesen Bereich sind Straßensozialarbeit oder Streetwork. Ein wesentliches Merkmal dieser Arbeit ist, dass die Sozialarbeiter_innen die Jugendlichen im öffentlichen Raum aufsuchen und somit quasi zu Gast sind auf den Plätzen, Parkbänken, Bushaltestellen, aber auch in selbstverwalteten Räumen, an denen sich Jugendcliquen aufhalten. Die aufsuchende Jugendarbeit ist Lebenswelt- und sozialraumori-

entiert und vereint Gruppenarbeit mit Einzelfallhilfe und Gemeinwesenarbeit. Es wird mit der freiwilligen Beteiligung der Jugendlichen gearbeitet, zu Beginn vor allem mit niedrigschwelligen Angeboten. Die Arbeit ist allerdings beziehungsintensiv. Je nach Bedarf wird versucht, im jeweiligen Sozialraum fehlende Angebote auszugleichen, bestehende Konfliktlagen zu moderieren und einzelnen Jugendlichen Hilfen in besonderen Lebenslagen zu geben. Die aufsuchende Jugendarbeit hat die Möglichkeit, natürliche Jugendgruppen im öffentlichen Raum gezielt anzu-



sprechen – gerade auch solche Gruppen, die durch Äußerungen von gruppenbezogenem Hass und Menschenfeindlichkeit und durch rechtsextreme bzw. islamistische Bezüge auffallen. Diese voraussetzungsreiche Arbeit muss sehr sensibel angegangen werden und kann nur unter bestimmten Bedingungen wirksam werden. Dazu gehört, dass erfahrene Fachkräfte eingesetzt werden, die mindestens in Zweier-Teams arbeiten.

Die Finanzierung der Personalstellen sollte langfristig gesichert sein. Ferner ist notwendig, dass neben der direkten Arbeit mit den Jugendlichen genügend Zeit für Reflexion und Nachbereitung zur Verfügung steht. Ohne Supervision, Fallberatung und finanzielle Ressourcen, die es ermöglichen, gezielte Interventionen und ggf. genderorientierte Angebote einzubringen, wird man kaum Wirkung erzielen können.

Sehr gute Interventionsmöglichkeiten bestehen vor allem bei jüngeren Jugendlichen (13 bis 16). Hier kann die kontinuierliche Unterstützung der Sozialarbeiter_innen, die sich stets auch als alternative Rollenvorbilder anbieten, viel erreichen, insbesondere wenn die Jugendlichen sonst in Familie und Sozialraum einem sehr schwierigen Umfeld ausgesetzt sind.

Genderaspekte

Phänomenbeschreibung: Gruppen mit rechtsextremen Bezügen

Diese Gruppen im öffentlichen Raum sind meist geschlechtergemischt, aber häufig männlich dominiert. Oft lassen sich die Mädchen anfangs nur schwer auf genderspezifische Gespräche und Angebote ein. In der aufsuchenden Jugendarbeit von selbstverwalteten Jugendräumen im ländlichen Raum gibt es jedoch manchmal reine Mädchengruppen. Gerade in Städten sind verschiedene Typen von rechtsextrem orientierten Mädchen und Frauen zu finden:

- Kämpferische Frauen, die Männern ebenbürtige Handlungspositionen einnehmen
- die Freundin eines Kameraden, die sich lediglich als Begleitung und stille Unterstützerin versteht
- die national autonomen Frauen, die einer rechtsgerichteten autonomen Gruppe angehören
- Frauen mit matriarchalisch/weiblich geprägtem Habitus, die einen speziell fraulichen Ausdruck von Szenezugehörigkeit und Machtanspruch aufweisen
- rechtsextreme Frauen aus sozial desintegrierten

Umfeldern, die den sozialen Anschluss an eine machtvolle Gruppe suchen

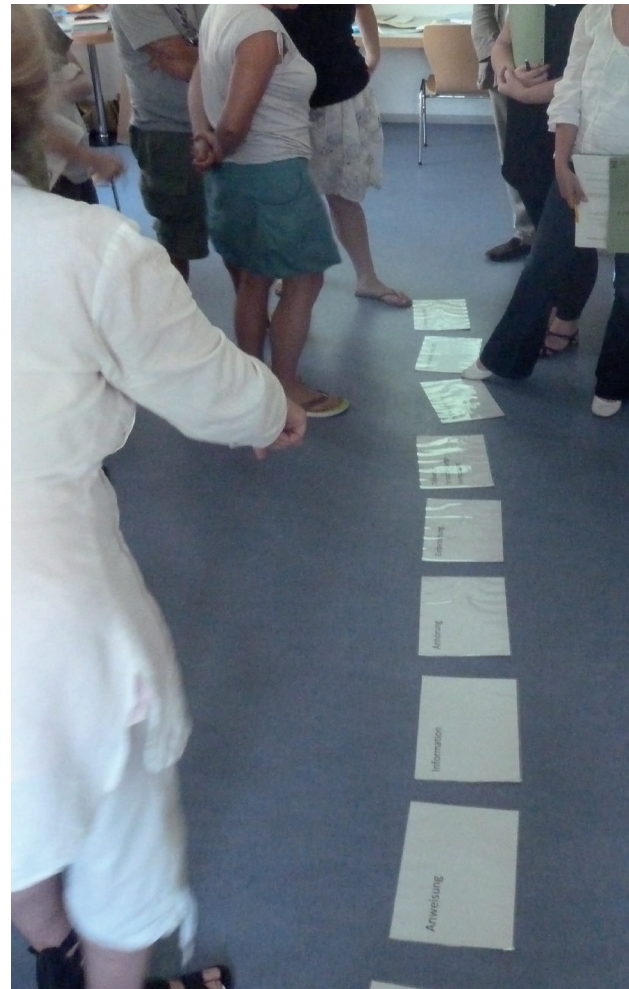
Diese Mädchen und Frauen sind unterschiedlich stark ideologisch geprägt und haben sich aus unterschiedlichen Motiven (und Gender-Gesichtspunkten) in ein rechtsextremes Umfeld begeben.

Der sozialpädagogische Zugang zu ihnen entsteht oft aufgrund von familiären bzw. häuslichen Konflikten, von früher Elternschaft oder aber infolge von häuslicher Gewalt – manchmal wegen einer fatalen Kombination dieser Ursachen. Genderthemen – Geschlecht/Konflikt in der Partnerschaft, in Familie und Elternschaft – nehmen in den jeweiligen Arbeitsbeziehungen eine entsprechend große Bedeutung ein.

Phänomenbeschreibung:

Gruppen mit islamistischen Bezügen

Die Sammlung von Erfahrungen aus der Sozial- und Ausstiegsarbeit mit Mädchen und Frauen mit Bezügen zu militant islamistischen Umfeldern steht in Deutschland erst am Anfang. Die Erfahrungsberichte und Recherchen der Kolleg_innen in britischen Großstädten haben allerdings ergeben, dass die genderspezifische Inanspruchnahme





von Mädchen und Frauen durch extremistische Organisationen weiter fortgeschritten ist (z.B. Hizb ut Tahrir, Al Muhadjiroun, Women4Shariah, Muslims Against Crusaders). Die Praktiker_innen der jugend- und sozialarbeiterischen Intervention versuchen, sich entsprechend einzustellen und zu professionalisieren. Dies gilt ähnlich auch hinsichtlich der Mädchen und Frauen in Banden der organisierten Kriminalität.

In manchen Aspekten durchaus vergleichbar mit rechtsextremen Milieus ist die Ausdifferenzierung der verschiedenen Typen von weiblicher Beteiligung in islamistischen Umfeldern, zu denen die Anhängerin einer Bewegung oder Organisation, die familiäre (auch sexuelle) Unterstützerin, die aktive Organisatorin, die Ideologin und Propagandistin sowie die Täterin gehört. Motive der Zuwendung zum extremistischen Milieu sind z.B. der Wunsch nach Zugehörigkeit, die Kompensation von Erlebnissen der Erniedrigung oder Diskriminierung, die Bewältigung von Lebens- und Befindlichkeitskrisen, das Bedürfnis nach sozialer und gesellschaftlicher Selbstwirksamkeit, Varianten von politischem Protest oder religiösen/existenziellen Erweckungserlebnissen oder auch der Drang aggressive Impulse auszuleben.

[Genderempfehlungen: siehe „Offene Jugendarbeit“](#)

OFFENE JUGENDARBEIT

Offene Jugendarbeit hat zur Aufgabe, junge Menschen in ihren Interessen und Kompetenzen zu fördern, ihnen Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe zu machen und ihnen ein Lernfeld für demokratisches und soziales Handeln zu bieten. In Deutschland wird die offene Jugendarbeit meist von freien Trägern der Jugendhilfe ausgeführt und findet in Jugendklubs und -einrichtungen statt. Die Ausstattung der Jugendeinrichtungen ist sehr unterschiedlich und i.d.R. abhängig von Mittelzuweisungen durch die kommunalen Haushalte.

In den letzten Jahren wurde vielfach auf die Bedeutung der offenen Jugendarbeit für die primäre und sekundäre Prävention in den Bereichen Rechtsextremismus, militanter Islamismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hingewiesen. Sozialarbeiter_innen in Jugendklubs sind lokale Bezugs- und Vertrauenspersonen, die die Heranwachsenden über einen längeren Zeitraum begleiten. Eine entsprechend finanzielle Ausstattung vorausgesetzt, sind diese Vertrauenspersonen vor Ort in einer guten Position, wenn anfällige Jugendliche unter den Einfluss von rechtsextremen oder militant-islamistischen Bewegungen geraten und zunehmend Zeichen der Radikali-

sierung erkennen lassen. Strukturen der professionellen Beratung von außen (siehe z.B. Hako_reJu_Empfehlungen von cultures interactive e.V.) können sie darin wirksam unterstützen.

Die Stärkung der Identitätsentwicklung von Mädchen und Jungen sollte zentrale Aufgabe in der Jugendarbeit sein. Der gesetzliche Auftrag lautet wie folgt: „Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind (...) die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.“ (§ 9 SGB VIII). Die Realität ist allerdings häufig anders.

Genderaspekte

Der Mädchen- und Jungenanteil in Jugendklubs variiert je nach Angeboten und Ausstattung. Gerade in ländlichen Regionen sind Jugendklubs oft Jungen-Klubs. Mädchen fühlen sich von dem Angebot nicht angesprochen, das zudem häufig nur aus einem Basketballkorb im Hof, einem Kicker bzw. Billardtisch und eventuell noch einem Band-Proberaum besteht. Das Gepräge eines Jungen-Klubs wird noch verstärkt, wenn in der Einrichtung aus-

schließlich männliche Sozialarbeiter beschäftigt sind bzw. sich dort männlich dominierte Cliquen aufhalten.

In städtisch geprägten Regionen sind eher Mädchenspezifische Jugendeinrichtungen vorhanden, die Ziele des Empowerments verfolgen. Diese Einrichtungen werden häufig von Mädchen mit Migrationshintergrund besucht, deren Herkunftskulturen zum Teil durch weitreichende Benachteiligungen und Freiheitsbeschränkungen von Frauen und Mädchen gekennzeichnet sind. Kontexte von Zwangsheirat und „Ehren-Delikten“ erfordern eine hohe Beratungs- und Begleitungskompetenz der Jugendarbeiter_innen sowie ein gut vernetztes Arbeiten verschiedener Hilfeträger.

Allgemeine Beobachtungen zur Arbeit mit Mädchen und Frauen in gemischtgeschlechtlichen Gruppen

(1) Für Mädchen mit Bezügen zu rechtsextremen Milieukontexten lassen sich folgende generelle Rollenmuster und Phänomene finden:

→ Die unauffällige Freundin/Partnerin, die sich vorwiegend als Begleiterin von männlichen Gruppenmitgliedern versteht bzw. so wahrgenommen wird. Sie beteiligt sich nicht oder nur in indirekten, teilweisen und verdeck-

Genderempfehlungen

Grundprinzipien einer genderreflektierten Jugendarbeit

- eine akzentuierte Aufmerksamkeit für sexistische und homophobe Äußerungen
- parteiliche Jugendarbeit mit Schwerpunkt von koedukativen Zielen
- ein diskriminierungsfreier Umgang mit Formen von sexueller Orientierung und Genderidentität in Jugendeinrichtungen
- eine aktive Reflexion der bestehenden Geschlechterverhältnisse
- die Förderung der Wahrnehmung von alternativen Geschlechterrollen
- die Stärkung der Toleranz von Ambivalenz in Bezug auf sexuelle Orientierung und Gender – sowie der allgemeinen Erweiterung von gesellschaftlich bestehenden „binären Oppositionen im Männlich-weiblich-Konstrukt“

Genderperspektiven in der Jugendarbeit

Hinsichtlich der personellen Ausstattung

- gemischtgeschlechtliche Teambesetzung
- Reflexion der eigenen Vorstellungen von Geschlechterrollen im Team
- Professioneller Fachaustausch über Möglichkeiten des genderorientierten Arbeitens mit Jugendlichen verschiedener Gruppenzugehörigkeit
- Fortbildung zur Bedeutung von Gender in Rechtsextremismus, religiösem Fundamentalismus und menschenrechtsfeindlichen Bewegungen

Hinsichtlich der räumlichen Ausstattung

Was in den Einrichtungen der Jugendarbeit (Jugendclubs) für die räumliche Ausstattung gilt, kann/sollte analog dazu, wenngleich auf andere Weisen, auch in den Sozialräumen und an öffentlichen Plätzen geschaffen werden. So gilt es also, an jenen lebensweltlichen Orten, an denen die Jugendlichen sich tatsächlich aufhalten, Mädchen- bzw. Jungenräume kreieren und gemeinsame Regeln insbesondere in Bezug auf sexistische Sprache und den Umgang miteinander zu erarbeiten.



Hinsichtlich der Struktur der Angebote

- Angebote gendersensibel gestalten: Wenn z.B. Tanzen für Mädchen und Street-Soccer für Jungen angeboten wird, sollten Möglichkeiten der koedukativen Öffnung bzw. Erweiterung geschaffen und die Auswirkungen von gesellschaftlichen Geschlechterrollen diskutiert werden.
- Parteiliche und genderirritierende Jungen- und Mädchenarbeit: neue koedukative Erfahrungsräume schaffen (Tanzen für Jungen und Street-Soccer für Mädchen)
- Genderreflektierte Angebote: z.B. Erlebnispädagogische Projekte mit anschließender Diskussion über die

Handlungsweisen, die Mädchen bzw. Jungen in bestimmten Situationen übernommen haben

- Bewusstes Erfahren von Situationen der Selbstbestimmung in Konfliktlagen (Empowerment), z.B. durch didaktisierte Arbeit mit einschlägigen Fallgeschichten
- „Cross-work“: Pädagoginnen arbeiten mit Jungengruppen, Pädagogen arbeiten mit Mädchengruppen, z.B. Abenteuercamps für Jungen unter weiblicher Anleitung

AUSSTIEGSARBEIT

Der folgende Beitrag hat vor allem die Distanzierung von rechtsextremen Szenen zum Schwerpunkt. Über die gezielte Ausstiegsarbeit im Bereich militanter, religiös begründeter Fundamentalismus sind unter Genderaspekten in Deutschland bislang vergleichsweise wenige Erfahrungen verfügbar. Die meisten Angebote der Ausstiegshilfe in Deutschland sind entweder staatliche Angebote, die häufig von den Landesjugendämtern eingerichtet wurden, oder Angebote von freien Trägern der Jugendhilfe in den einzelnen Bundesländern. In manchen Fällen sind die Ausstiegsangebote bei den Landesämtern des Verfassungsschutzes angebunden. Seit kurzem besteht die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG Ausstiegsarbeit) als unabhängiger, bundesweit tätiger Akteur im Feld der Ausstiegsarbeit (Leitbild der BAG).

Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt verfügt in Deutschland derzeit jedes Bundesland über ein Angebot der Ausstiegshilfe für Angehörige von rechtsextremen Milieus. Die überwiegende Anzahl der Hilfe suchenden Ausstiegswilligen sind (junge) Männer, die sich aus der Szene lösen wollen bzw. gerichtliche Auflagen haben, dies zu tun. Der Anteil der Frauen dürfte sich bei etwa 3–10% bewegen.

Wie arbeitet Ausstiegshilfe?

Im praktisch-strategischen Prozedere von Ausstiegshilfe gibt es zwei grundsätzlich unterschiedliche Vorgehensweisen:

→ **Der stille Ausstieg** – damit fahren „die kleinen Fische“ besser: Bei diesem Vorgehen werden so genannte „Legenden“ entwickelt, mittels derer die Ausstiegswilligen ihrer Szeneumgebung gegenüber auftreten können, ohne Gefährdungen oder völlige Isolation befürchten zu müssen; es werden also „harmlose, lebensweltliche“ Begründungen entwickelt, warum man nicht mehr aktiv in der Szene mitarbeiten kann. Dabei kann es sich um finanzielle Gründe handeln (z.B. die Notwendigkeit Schulden abzubezahlen) oder um berufliche Veränderungen (Beginn einer Ausbildung, Bewerbung für oder Beginn einer neuen Stelle, die politisch sensibel ist) oder aber um familiäre Umstände (Verpflichtungen gegenüber Kindern). Familiäre und Genderthemen können hierbei durchaus eine zentrale Rolle spielen.

→ **Die öffentliche Distanzierung** – wird eher von „profilierteren Szenegrößen“ gewählt: Hierbei werden die Ausstiegswilligen darin unterstützt, sich klar und deutlich zu

distanzieren und öffentlich eine entsprechende Position zu beziehen. Dieser Weg des Ausstiegs muss besonders sorgfältig vorbereitet und aufwändig begleitet werden. Denn zum einen ist in diesem Verfahren ein sehr viel größerer persönlicher Veränderungsdruck zu gewährleisten. Zum anderen wird die Person auf diesem Wege auch als „Verräter an der Sache“ wahrnehmbar.



Genderaspekte

Die Genderaspekte der Ausstiegshilfen wurden bisher von den in diesem Bereich Tätigen nicht systematisch konzeptionell bedacht – oft aber intuitiv einbezogen. So sind in der unmittelbaren Praxiserfahrung mitunter folgende genderspezifische Arbeitsstrategien wahrgenommen worden:

Teambesetzung

Ausstiegsbegleiter_innen bieten sich meist als männliche, manchmal auch als weibliche Rollenvorbilder an, die eine Alternative zu den bisherigen Vorstellungen und Erfahrungen der Klient_in darstellen.

In Fällen, in denen einer Person die Arbeitsbeziehung zu einem Mann oder einer Frau aus persönlichen Gründen schwer fällt oder diese Arbeit für sie zu konfliktuell besetzt ist, wird in gleichgeschlechtlicher Konstellation gearbeitet. Andererseits wird dort bewusst gegengeschlechtlich gearbeitet, wo das gleichgeschlechtliche Arbeiten konfliktuell besetzt ist (was manchmal bei männlichen Klienten der Fall ist, die stark von Konkurrenzgefühlen bestimmt sind bzw. hinderliche Aversion gegenüber einem als nicht hinreichend maskulin wahrgenommenem Gegenüber haben). Hier muss abgewogen werden, wann, wie und in

welchem Umfang die Bearbeitung der psycho-traumatischen bzw. genderbedingten Affektlagen in den Ausstiegsprozess Eingang finden kann.

Gender als Thema der Ausstiegsarbeit

Genderspezifische Rollenvorstellungen, die bei der Hinwendung zum rechtsextremen Milieu und bei den Szeneaktivitäten von Bedeutung waren, werden im Ausstiegsprozess thematisiert. Bisher werden im Allgemeinen nur Vorstellungen von Männlichkeit zum Thema gemacht. Eher in Ausnahmefällen sind auch Fragen der Haltung zu selbstbestimmten Frauen und homosexuellen Personen systematischer Teil der Ausstiegsarbeit. Vereinzelt beginnt man damit, mädchen- und frauenspezifische Herangehensweisen der Ausstiegshilfe zu konzipieren (so z.B. die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt [ARUG] in Niedersachsen [Stand Sommer 2014]).

Frauen, die die rechtsextreme Szenen aufsuchen, sind häufig von körperlicher Stärke, „männlich“-dominantem Auftreten und martialischen Ausdrucksformen fasziniert. Darin enthalten ist manchmal auch ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Schutz. Diesem Schutzbedürfnis im Ausstiegsprozess auf geeignete Weise Rechnung zu tragen,

stellt eine besondere Herausforderung der Ausstiegshilfen dar. Beziehungen und Ehen zwischen rechtsextrem orientierten Partnern sind nicht selten auch von häuslicher Gewalt und Übergriffen geprägt. Ausstiegswillige Frauen, die gleichzeitig einen ihr gegenüber gewalttätigen Partner verlassen, mögen von diesem und dessen unmittelbarem Kameradschaftskontext umso mehr bedroht sein.

Eine Thematik, die überwiegend bei weiblichen Ausstiegswilligen in Erscheinung treten und die auf allen Ebenen der psychosozialen Arbeit mit diesen Frauen eine Rolle spielen kann, sind Erfahrungen des sexuellen Übergriffs. Hier ist es wichtig, begleitend zum Ausstiegsprozess weiter gehende therapeutische Hilfen zugänglich zu machen.

Überlegungen zur geringen Inanspruchnahme von Ausstiegsprogrammen durch Mädchen und Frauen

Da Frauen nur selten wegen extremistischen und vorurteilsmotivierten (Gewalt-)Aktivitäten festgenommen bzw. verurteilt werden, verspüren sie in geringerem Maß das Bedürfnis nach Ausstieg. Denn der Druck durch drohende Strafen und Auflagen, der bei männlichen Ausstiegswilligen nicht selten eine maßgebliche Rolle spielt, ist hier nicht gegeben.



Ausstiegswillige Personen erfahren i.d.R. auf informellen und kolloquialen Wegen in ihrem Umfeld von den Möglichkeiten einer Ausstiegshilfe. Freunde, pädagogische Bezugspersonen, das Arbeitsumfeld, Lokalmedien oder vergleichbare Gesprächskanäle mögen den Hinweis geben. Das Wissen um einen positiven Ausstiegsverlauf von Bekannten oder einer namhaften Person aus der Region gibt eventuell den Anstoß, die Existenz der Ausstiegshilfe stärker wahrzunehmen. Da nur wenige Mädchen und Frauen über die Ausstiegshilfe aussteigen, gibt es für diese kaum vorbildhafte Geschichten über ein solches Hilfsangebot.

Der Ausstieg aus dem rechtsextremen Umfeld kann für Frauen komplexer und schwieriger sein als für Männer. Das hängt zum einen mit dem Frauenbild der rechtsextremen Szene zusammen. Denn die Frau hat dort meist eine sehr akzentuierte genderdefinierte Rolle inne, die vorsieht, dass sie die Männer der Szene – und insbesondere den männlichen Partner – umfänglich unterstützt und dass sie den Männern bzw. ihrem Partner und der politischen Sache in vielfacher Hinsicht „zur Verfügung“ steht. In anderer und stärkerer Weise als Männer sind die Frauen der politischen Sache sozusagen „besitzhaft“ zugeordnet, was

von vielen weiblichen Szeneangehörigen bewusst als eigener Weiblichkeitsentwurf akzeptiert und vorgelebt wird.

Wenn der Ausstieg einer Frau mit dem persönlichen Verlassen eines szeneargehörigen Mannes verbunden ist und aus der Beziehung Kinder hervorgegangen sind, erschwert das den Ausstiegsprozess immens.

Genderempfehlungen

Erreichbarkeit von Mädchen und Frauen für Distanzierungsprozesse

Wie Mädchen und Frauen als extremistische Akteurinnen und Täterinnen oft unterschätzt und übersehen werden, so wird vielfach noch die Notwendigkeit übersehen, spezifisch ausgerichtete Distanzierungsangebote für sie zu entwickeln und zu erproben. Besonders günstige Einstiegsbereiche hierfür könnten die familienorientierten Beratungsstellen, Mutter-Kind-Einrichtungen bzw. Jugendhilfeeinrichtungen sein, aber – mit Blick auf das Thema „häusliche Gewalt“ – auch Frauenhäuser. Obwohl gewaltaffine und rechtsextrem ausgerichtete Mädchen und Frauen zwar in vergleichsweise geringem Umfang auch im Justizvollzug anzutreffen sind, wäre auch hier spezifisch anzusetzen. Einzelne Justizvollzugsanstalten

haben bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt, besonders in Bezug auf stark gewalttätige Frauen.

Die Jugend- und Familienhilfeeinrichtungen hingegen tendieren freilich dazu, in ihren Klient_innen vor allem den Hilfsbedarf im engeren Sinn zu sehen, für den sie als Einrichtung formell zuständig sind, wie z.B. Frauenhäuser in erster Linie den Schutz vor gewalttätigen Partnern gewähren und trauma-therapeutische Ersthilfe geben. Die Bearbeitung des Szenekontexts der Klientin wird dabei in aller Regel nicht Teil des Hilfeplans.

Mithin ist die Gefahr groß, dass die Klient_innen nach Beendigung des Hilfeverhältnisses in ihre alten Gruppen- und Verhaltenskontexte zurückkehren und ihre rechtsextreme Zugehörigkeit und ihre dortigen Aktivitäten vollends unbearbeitet bleiben, obwohl sie zumeist integraler Bestandteil der entstandenen Hilfsbedürftigkeit sind.

Ferner ist die persönliche Elternschaft erfahrungsgemäß ein guter Moment, um Veränderungen der Lebenshaltung anzustoßen bzw. umzusetzen. Auch kommen werdende Eltern, vor allem junge Mütter mit einer Vielzahl von Familien- und Jugendhilfeangeboten in Kontakt. Entsprechend ratsam scheint es, Familienhelfer_innen, Hebammen,

Mutter-Kind-Einrichtungen, Jugendämter u.a. dahingehend zu sensibilisieren und ihnen Interventionskompetenzen zu vermitteln. Umso aussichtsreicher ist es, im Kontext von familienorientierten Hilfen Möglichkeiten des Coachings von Klient_innen durch die Mitarbeiter_innen zu schaffen, um die Klient_innen darin zu unterstützen, sich schrittweise und nachhaltig von der rechtsextremistischen Szenezugehörigkeit zu distanzieren – und die dort gemachten Erfahrungen persönlich zu bearbeiten.

Genderbewusste Distanzierung: Themen/ Strategien für Mädchen- und Frauen- orientierten Ausstiegsarbeit und die Gefährdeten- Ansprache

→ **Freundschafts- und Partnerschaftsbeziehungen** zu Mädchen und Frauen sowie Jungen und Männern außerhalb von rechtsextremistischen Kreisen stärken!

→ **Mädchenspezifische Empowerment-Angebote:** Schutz durch Beziehung ja – Abhängigkeit nein! Der Schutz und die Stärkung, die Mädchen und Frauen (wie auch Jungen und Männer) durch die nahe Beziehung zu einem/r Partner_in erfahren, ist schätzenswert. Die



Beziehungsbedürfnisse der Person sind in jedem Fall ernst zu nehmen. Sollten sich daraus jedoch Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse ergeben, besteht Anlass, einen Prozess des Bearbeitens und der Ablösung anzuregen. Hierbei können ressourcenorientiert alternative Möglichkeiten der Selbststärkung unterstützt werden.

→ **Behutsame trauma-therapeutische Ersthilfe mit einbeziehen:** Frauen in der Ausstiegshilfe haben oftmals Erfahrungen mit familiärer, häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch und Übergriffen aus der eigenen

Clique. Diese Themen können von den Aussteigerinnen häufig erst sehr spät und nur teilweise thematisiert werden.

→ **Soziale und politische Anliegen der jungen Frauen aufgreifen und Engagement stärken:** Wo ein persönlicher Wille zum sozialen und politischen Engagement erkennbar ist, kann dieser gefördert und es können gangbare Betätigungsfelder eruiert werden (Umweltschutz, Globalisierungskritik, Menschenrechtsarbeit, kirchlich-soziale Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Tierschutz, freiwilliges soziales oder kulturelles Jahr).

Spezifische Gesichtspunkte bei der Distanzierungsarbeit mit rechtsextremen Eltern

Bei der Arbeit mit ausstiegswilligen Eltern, bei denen entweder nur die Mutter oder der Vater die Szene verlassen wollen, ergeben sich besondere Herausforderungen; die Ausstiegsarbeit muss ggf. mit Erziehungsberatung verbunden werden. Das Kindeswohl und der Schutz der Kinder vor möglichen negativen Auswirkungen der Szenezugehörigkeit stehen dabei im Mittelpunkt der Arbeit. Der Ausstieg von Müttern aus der Szene kann sich wegen Bedrohung durch Gewalt und Repressalien bzw. durch Kindesentführung besonders schwierig gestalten. Eine funktionale Vernetzung der Ausstiegs- bzw. Distanzierungsarbeit mit den Bereichen der Jugend- und Familienhilfe sowie der Rechtsprechung und Strafrechtspflege scheint angeraten. Allen Beteiligten müssen die besonderen Schwierigkeiten bei der Trennung bzw. Scheidung von Eltern infolge von Ausstiegsprozessen bewusst sein.

Veränderungsdruck erhöhen

Praktiker_innen der Ausstiegshilfe berichten, dass sie mit den weiblichen (Gewalt-) Akteurinnen der rechtsextremen Szene kaum in Kontakt kommen und somit keine Einwir-

kungsmöglichkeiten erhalten. Auch für Polizei und Justiz stellt die Rolle, die Frauen im Rechtsextremismus oft einnehmen, eine besondere Herausforderung dar. Denn die Taten und Aktivitäten der weiblichen Szeneangehörigen werden häufig schlicht nicht geahndet. Aufgrund dieser so genannten „Genderblindheit“ tendieren Polizei und Justiz dazu, weibliche Täterschaft zu unterschätzen oder zu übersehen, so dass die Mädchen und Frauen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Dadurch entsteht für sie auch kein unmittelbarer Druck, sich mit dem eigenen extremistischen Handeln auseinanderzusetzen. Eine häufige Forderung von Praktiker_innen ist deshalb, den Gewaltbegriff auszudehnen und auch Tatbestände der „vorurteilsmotivierten Gewaltakzeptanz“ anzuerkennen.

Praktiker_innen sehen vorurteilsmotivierte Gewaltakzeptanz z.B. dann gegeben, wenn junge Frauen bei Gewaltübergriffen ihre männlichen Cliquenmitglieder anfeuern oder unterstützen (und dieses Verhalten jedenfalls nicht verhindern oder zur Anzeige bringen), oder wenn Frauen Texte übersetzen und in Nachbarschaft und Internet verbreiten, die zu Gewalt und Hass gegenüber Dritten aufrufen. Soweit es im Kontext von Strafverfolgung und Rechtspflege derzeit möglich ist, wäre deshalb gerade bei Frauen

mehr auf Handlungen der Beihilfe, Anstiftung und unterlassenen Hilfeleistung zu achten. Denn wenn diese verlässlich geahndet werden, entstehen wiederum Ansatzpunkte für Distanzierung, Ausstieg und Rehabilitierung.



FAMILIENORIENTIERTE HILFEN

Mit familienorientierten Hilfen ist im Allgemeinen eine ganze Reihe von sozialpädagogischen und beratenden Angeboten gemeint, die zur Unterstützung von Familien in besonderen Problemlagen beitragen. Die hier aufgeführten Formate der Familienhilfe sind solche, die für Fragen der Distanzierung und Deradikalisierung von Frauen und Mädchen besonders relevant scheinen. Vorab muss festgestellt werden, dass besonders in diesen Bereichen häufig noch mehr Sensibilisierung der Fachkräfte für die Themen Extremismus und Gender notwendig ist. Auch besteht ein Mangel an gezielten Interventionsstrategien und Unterstützungsangeboten.

Gesundheits- und Hebammendienste, Erziehungsberatungen und Mutter-Kind-Gruppen

Bei entsprechender Sensibilisierung und Fortbildung der Fachkräfte können Jugendämter, Gesundheits- und Hebammendienste in die Lage versetzt werden, früh zu erkennen, wenn sie Mütter oder Eltern betreuen, die in extremistischen Lebenszusammenhängen stehen. Weiterhin kann die Kompetenz erworben werden, zuverlässig einzuschätzen, inwiefern diese Zusammenhänge Gefähr-

dungen des Kindeswohls befürchten lassen – und wie dem vorgebeugt werden kann.

Gezielte Interventionen der direkten interpersonellen Arbeit bedürfen eines entsprechenden Trainings der jeweiligen Mitarbeiter_innen. Ein solches Training scheint schon deshalb sinnvoll, da die eigene Elternschaft nicht selten einen Moment des Lebens darstellt, in dem große persönliche Veränderungen und Entwicklungen möglich werden. In diesem Prozess kann auch die Distanzierung oder das Verlassen von extremistischen und gewaltlatenten Milieus in Reichweite gelangen.

Mit entsprechenden Grundfähigkeiten und Erstansprache-Techniken können auch Fachkräfte der Familienhilfe die Fähigkeit erwerben, erste Sondierungen in dieser Richtung zu unternehmen.

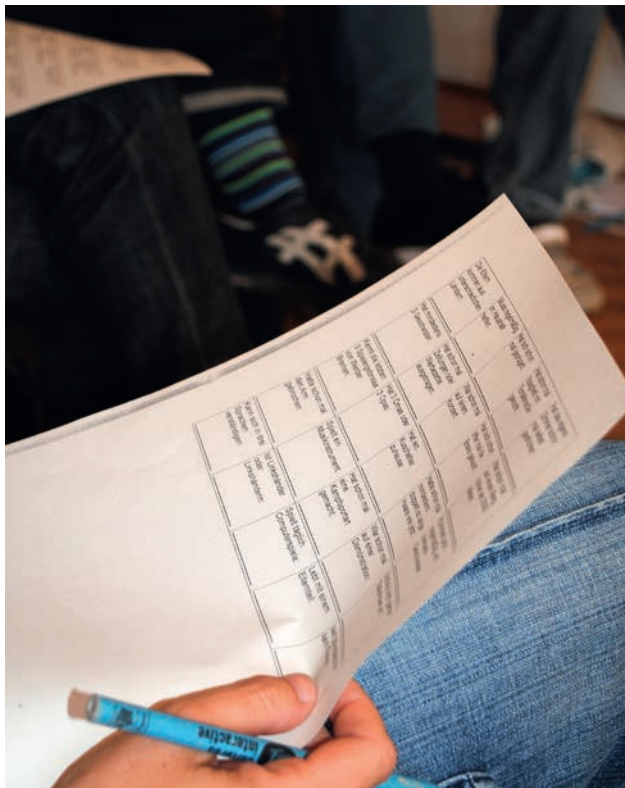
Weiterhin scheint es empfehlenswert, Gesundheits- und Hebammendiensten eine Beratung und Fortbildung sowie fachliche Begleitung zugänglich zu machen, um angemessen und professionell intervenieren zu können, wenn sie in ihrer Arbeit auf Familien stoßen, bei denen rechtsextreme oder militant islamistische Lebenskontexte erkennbar sind.

In internationaler Perspektive fällt auf, dass Kolleg_innen aus Großbritannien und den Niederlanden in ihren Länderprogrammen der Extremismus- und Terrorismusprävention seit kurzem systematisch den Gesundheitsbereich einbeziehen. Einige Male sind terroristische Attentäter in der Zeit vor ihrer Tat bei Ärzt_innen oder Therapeut_innen vorstellig geworden und haben ihre Tat dort mehr oder weniger angekündigt. Im RAN-Netzwerk wurde entsprechend die Arbeitsgruppe RAN Health eingerichtet.

Elternberatungen

Als wichtiges Instrument bei der Unterstützung von Distanzierung und Ausstieg haben sich Elternberatungen herausgestellt. Denn es sind natürlich oft die Eltern, denen zuerst auffällt, wenn ihr Kind sich zurückzieht, wenn es beginnt, sich intensiv mit extremistischen Ideologien auseinanderzusetzen und seine äußere Erscheinungsform entsprechend zu verändern oder wenn es viel Zeit vor dem Computer verbringt, bisherige Freundschaften abbricht und plötzlich einen neuen Freundes- und Bekanntenkreis hat.

Bei den Elternberatungen geht es im Wesentlichen darum, die Eltern in ihren Erziehungs- und Selbsthilfe-



kompetenzen grundsätzlich zu stärken und sie in dieser besonderen Gefährdungslage zu begleiten.

Hierfür gibt es vereinzelt spezifische Angebote, die Eltern beraten und begleiten,

- die ihre Kinder aus rechtsextremen und militant-islamistischen Bezügen herauslösen wollen,
- die das Eigenengagement von Eltern und die Einrichtung von Eltern-Selbsthilfe-Gruppen unterstützen und moderieren,
- die Fortbildungen und Beratungen von Pädagog_innen (im Train-the-trainer-Ansatz) durchführen, die mit betroffenen Eltern und/oder Kindern in Kontakt kommen.

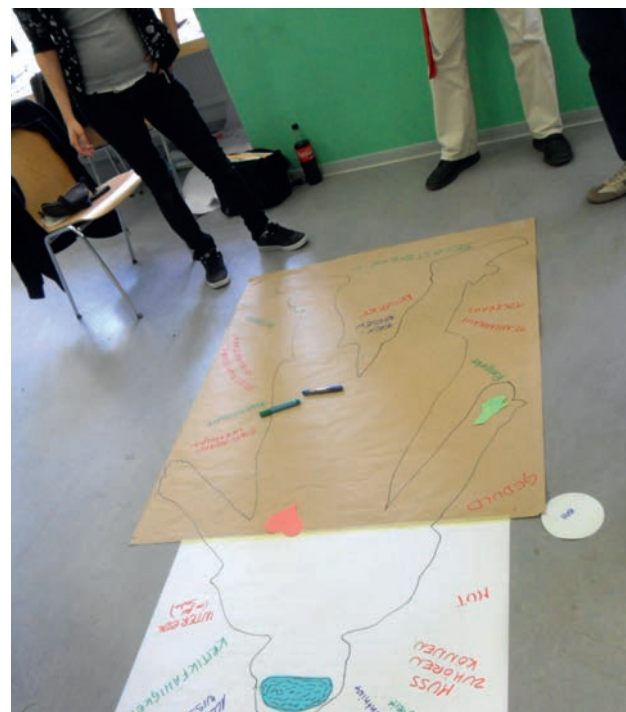
Stationäre Mutter-Kind-Einrichtungen

In stationären Mutter-Kind-Einrichtungen werden vor allem junge Mütter oder Schwangere in ein Umfeld des betreuten Wohnens aufgenommen, um sie bei der angemessenen Versorgung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen.

Das Jugendamt kann Mütter in problematischen Lebenslagen, die eine Gefährdung des Kindeswohls befürchten lassen, in diese Einrichtungen überweisen. Zur Klientel von Mutter-Kind-Einrichtungen gehören nicht selten auch solche jungen Frauen, die in rechtsextremen Szenekontexten leben.

Im Rahmen von WomEx kamen wir mit Frauen in Kontakt, die eine Möglichkeit der Aufarbeitung ihrer rechtsextremen Szenevergangenheit (oder noch bestehender Zugehörigkeit) sowie des eigenen Gewaltverhaltens dringend benötigt hätten. Das pädagogische Personal der Einrichtungen konzentriert sich jedoch, seinem Auftrag gemäß, vor allem auf Erziehungsberatung und darauf, unmittelbar schädigendes Verhalten der Mütter gegenüber ihren Kindern abzuwenden (Suchtmittelmissbrauch, Gewalt).

Umso ratsamer scheint es, für (junge) Mütter und Väter genderspezifische bzw. genderorientierte Angebote der Distanzierung von Extremismus einzurichten und fachliche Beratung für die Mitarbeiter_innen der Einrichtungen bereitzustellen. Ein eng begleitendes Coaching durch Mitarbeiter_innen der Einrichtung kann insbesondere dann erforderlich sein, wenn schon ein stabiles Vertrauensverhältnis zur Klientin/Mutter besteht, so dass die Möglichkeit einer intensiveren Bearbeitung in Aussicht steht. Allerdings müssen für die zusätzliche und intensive Arbeit, die zu einer Bearbeitung von Rechtsextremismus nötig ist (Aufarbeitung von Gewalterfahrung und Gewalt handeln, Biografie und persönliche Genderperspektiven, Hinterfragen der Ideologie etc.) auch ausreichende per-



sonelle Ressourcen gegeben sein. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Mutter-Kind-Einrichtungen häufig in regionaler Nähe zum extremistisch geprägten Sozialraum der Klientin liegen, so dass eventuelle Sicherheitsrisiken für Klientinnen und Mitarbeiter_innen bestehen, die es zu berücksichtigen gilt. Eine profunde Fortbildung und Bera-



tung ist auch deshalb notwendig, weil Institutionen der Fürsorge und Gesundheitsversorgung regelmäßig Ziel von Unterwanderungsstrategien rechtsextremer Organisationen sind. Dem kann nur mit entsprechend versierter Einschätzungskompetenz vorgebeugt werden.

Ambulante Familienhilfe und Kinderheime

In der sozialpädagogischen Familienhilfe wird aus gutem Grund versucht zu verhindern, dass Kinder aus der Familie herausgenommen werden, solange dies wegen drohender Kindeswohlgefährdung nicht dringend geboten ist. Bei belasteten, aber noch hinreichend funktionsfähigen Familien wird dann ein spezifischer Hilfeplan erstellt, auf dessen Grundlage die Helfer_innen vor Ort ambulant tätig werden und die Familien regelmäßig in ihrer Wohnung besuchen. Dabei kommen sie auch mit rechtsextremen Eltern in Kontakt.

Einige Fälle der letzten Jahre in Deutschland haben gezeigt, dass sich Familienhelfer_innen, die in diese Situation geraten, oft unvorbereitet und allein gelassen fühlen. Vereinzelt sind inzwischen Fortbildungsangebote verfügbar, die Familienhelfer_innen für diese Thematik sensibilisieren und sie unterstützen können.

Darüber hinaus scheint es ratsam, Möglichkeiten der weiteren Zusatzqualifikationen für Familienhelfer_innen zu schaffen, die bereit sind, sich diesem besonderen Themenfeld zuzuwenden, um familien- und genderorientierte Ausstiegsarbeit zu betreiben. Solche Fortbildungen könnten darauf ausgerichtet sein, (a) Rechtsextremismus und menschenverachtende Haltungen im Direktkontakt zu bearbeiten, (b) Distanzierungen im Familienhilfeprozess anzuregen, und (c) Kinder aus rechtsextremen, militant islamistischen oder anderweitig militant menschenverachtenden Milieus zu schützen.

Frauenhäuser

Für Frauen aus rechtsextremen Bezügen, die Opfer von häuslicher (und szenointerner) Gewalt wurden und Schutz in Frauenhäusern suchen, müssen spezielle Formen und Wege der Distanzierungsarbeit und Unterstützung entwickelt werden.

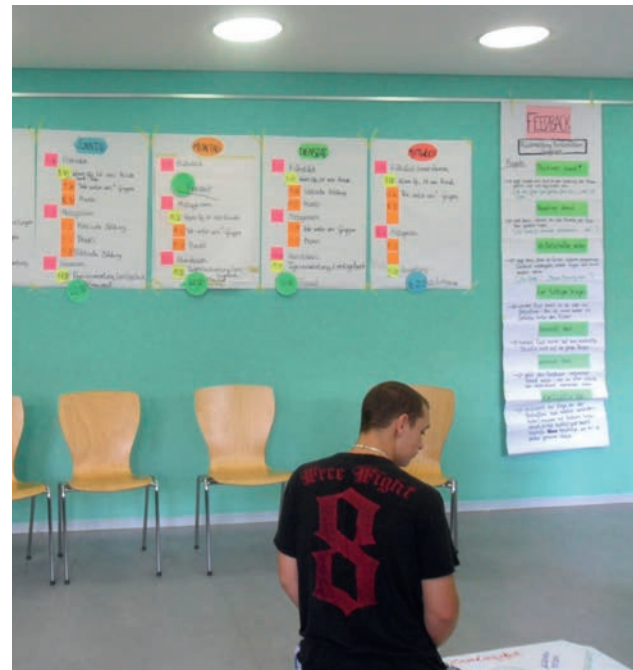
Dies empfiehlt sich umso mehr, da Frauenhäuser für ausstiegswillige Frauen eine hilfreiche Zufluchtsmöglichkeit darstellen, wenn sich die Ablösung von der extremistischen Szene als riskant erweisen sollte. Frauen – zumal mit Kindern – sind beim Ausstieg manchmal vermehrt der

Androhung von Übergriffen und Gewalt seitens der Szene (und des Partners) ausgesetzt, weil ihr Ausstieg oft in doppelter Weise als persönlicher Verrat an der Szene gewertet wird. Hier wird in besonders offenkundig, wie unerlässlich es ist, in der Rechtsextremismusprävention und -intervention mit genderorientierten Verfahren und Methoden zu arbeiten.

Auch Frauen aus islamistischen Bezügen suchen Frauenhäuser auf, um Schutz vor Gewaltübergriffen durch (Ehe-) Partner oder bedrohlichen Lebensumfeldern zu finden. Für sie bieten Frauenhäuser ebenfalls die Möglichkeit, sich aus extremistisch-fundamentalistischen Lebenskontexten zu lösen. Eine Besonderheit hierbei ist, dass junge Frauen aus islamistischen Bezügen oft auch vor drohender Zwangsverheiratung fliehen. Umso mehr kann das Frauenhaus ein Ort sein, an dem Frauen aus unterschiedlichen religiösen und politischen Kontexten darin begleitet werden können, sich mit den ideologischen Elementen auseinanderzusetzen, die ihr Leben bestimmt haben. Die Komplexität des Genderaspekts in der Arbeit von Frauenhäusern ist vor allem in anderen EU-Mitgliedsstaaten noch dadurch erhöht, dass sich zunehmend auch junge Männer auf der Flucht vor Zwangsehen an Frauenhäuser wenden.

Genderaspekte

Genderaspekte sind all diesen Maßnahmen inhärent, und zwar in mehrfacher Hinsicht; zum einen dahingehend, dass Frauen in Familie und Kindererziehung eine besondere Rolle einnehmen und zum anderen, weil die Familie als primärer Ort der Sozialisierung von Genderidentität gelten kann.



ANTI-GEWALT-TRAININGS | GEWALTAUFARBEITUNG

Anti-Gewalt-Trainings werden meist als Maßnahmen der Jugend- bzw. Straffälligen- und Bewährungshilfe eingesetzt. In vielen Fällen erfolgt die Teilnahme auf Weisung des Jugendamts oder Gerichts bzw. im Rahmen einer Haftstrafe. In einzelnen Fällen regen auch Schulen bzw. Jugendarbeiter_innen die Teilnahme an Anti-Gewalt-Trainings an. 90 bis 95 Prozent der Anti-Gewalt-Trainings werden von Jungen bzw. Männern besucht und sind entsprechend jungen- und männerspezifisch angelegt.

Wie arbeiten Anti-Gewalt-Trainings?

Anti-Gewalt-Trainings umfassen Übungsformen und Settings, in denen sich die Klient_innen direkt mit den Mustern ihres Aggressions- und Gewalthandelns auseinandersetzen. Zeitgemäße Maßnahmen der Gewaltaufarbeitungen und des Trainings zur akuten Gewaltvermeidung gehen kontextuell und systemisch vor – und sie sehen völlig von Beschämung und Provokation ab. Das Ziel ist es nämlich, die jungen Menschen in die Lage zu versetzen, die tief verankerten Mechanismen der sozialen Selbstausgrenzung und des Wut-Agierens selbst zu reflektieren und in der

Gruppe zu bearbeiten. Gleichzeitig werden zentrale Persönlichkeitskompetenzen der Affektkontrolle, emotionale Intelligenz, Empathie und der persönlichen Reflexions- und Beziehungsfähigkeit gestärkt und nachsozialisiert.

Die einzelnen Arbeitsphasen

Für Gewaltaufarbeitung und Anti-Gewalt-Trainings wird zumeist ein Gruppensetting gewählt. In den ersten vorbereitenden Sitzungen der Intervention wird viel Aufmerksamkeit darauf verwendet, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens und der verbindlichen Beziehung zwischen den Teilnehmer_innen sowie zu den Sozialtherapeut_innen zu ermöglichen. Hierfür ist ein prozessoffenes, beteiligungsintensives und auf Freiwilligkeit beruhendes Miteinander notwendig, in dem der erzählende Austausch über biographische und lebensräumliche Themen der Einzelnen stattfinden kann. Oft bereiten Einzelgespräche die anspruchsvolle Gruppenarbeit vor.

Neben dem gemeinsamen Nachdenken über die Umstände des Aufwachsens in der eigenen Familie kommt auch dem Erzählen über die Freundschaften große Bedeutung zu. Was ist bestimmend für das Leben mit den Gleichaltrigen in der Clique? Wie ist es mit denen,

die nicht dazu gehören und angefeindet werden? Welche Einstellungen und Ressentiments herrschen? Gibt es Führungs- bzw. Leitfiguren? Inwiefern verhalten sie sich fair, gewaltsam oder intrigant? Gibt es Zwänge, z.B. Handlungs- oder ideologisierte Denkwänge? Was daran fühlt sich gut an, was ist zwiespältig? Wer hilft einem dort? Wie beim Thema Familie, so geraten die Teilnehmer_innen erfahrungsgemäß auch bei diesen Fragen sehr rasch dahin, dass die thematischen Felder „Gewalt“, „Extremismus“ und „Fundamentalismus“ bzw. menschenfeindliche Handlungen und Einstellungen berührt werden.

Im Vorfeld dessen sind sehr häufig Erfahrungen des Gewaltleidens, der Demütigung und der Ohnmacht (vor allem auch in der eigenen Herkunftsfamilie) zu verzeichnen, die mit psycho-traumatologisch versierter Vorsicht angesprochen und nicht vermieden werden. Dabei ist besonders bei jungen Männern – aber auch bei Frauen und Mädchen – die Abwesenheit, Unerreichbarkeit bzw. Gewalttätigkeit der Väter häufig von Bedeutung, wie auch Umstände des häufigen Orts- und Partnerwechsels von Elternteilen, oder deren psychische Erkrankungen, Drogensucht, und Überforderung. Bei jungen Frauen kommen nicht selten Erlebnisse der sexualisierten Gewalt oder Grenzüberschreitung hinzu.

Im Zentrum der Interventionsform steht die therapeutische Bearbeitung von akuten Handlungsszenen der Gewaltausübung und der unkontrollierten Eskalation. Im weiteren Verlauf werden Übungen der Selbst- und Körperwahrnehmung angeboten und Hilfsmittel der Selbstkontrolle in brisanten Situationen erlernt.

Die Grundhaltung, von der die Trainer_innen und Sozialtherapeut_innen hierbei geleitet sind, ist eine der kritischen Zugewandtheit, die gleichermaßen von unbestechlichem Be- und Hinterfragen wie von persönlicher Zuwendung und Wertschätzung geprägt ist. Hierbei werden einerseits das Verhalten und die Meinungen der Teilnehmer_innen kritisch hinterfragt, wozu sich die jeweils tätige Fachkraft klar positionieren muss. Andererseits wird die Person der Teilnehmer_in vorbehaltlos respektiert und in ihrem Bemühen um Klärung und Aufarbeitung geschätzt und unterstützt. Diese beiden unterschiedlichen Verhaltensstrategien beinhalten keinen Widerspruch – etwa zwischen einem akzeptierenden und einem konfrontativen Ansatz. Vielmehr stellen sie zwei sich gegenseitig bedingende und ergänzende Register dar, die in sorgsamer Anpassung an die jeweils vorliegende Situation zum Einsatz kommen.

Genderaspekte und -empfehlungen

An keiner anderen Stelle zeigt sich die Relevanz von genderorientierter Arbeit so sehr wie in der Gewaltaufarbeitung und in der Arbeit mit den emotionalen und gedanklichen Hintergründen, die das Gewalthandeln biographisch bedingen und akut hervorbringen. Eine/n Extremist_in oder Gewaltstraftäter_in, der/die nicht auch sexistisch und homophob eingestellt wäre und im persönlichen Bereich durch Konflikt- und spannungsreiche Genderthematiken gekennzeichnet wäre, gibt es nicht. Diese Themen sind stets koexistent.

Für die Gewaltaufarbeitung mit jugendlichen und erwachsenen Frauen spezifisch kennzeichnend sind die Thematiken Selbstverletzung, Essstörungen, sowie sexualisierte Gewalt. Diese Phänomene sind zwar auch unter jungen Männern zu verzeichnen, jedoch weniger häufig (dadurch aber ggf. schwieriger anzusprechen).

Eine weitere genderorientierte Thematik ist die geringe soziale Stellung, die junge Frauen in vielen Herkunftsmilieus innehaben, was dazu führt, dass sie vermehrt durch kriminelles und gewaltsames Agieren die Anerkennung einer Gruppe zu erlangen versuchen. Weiterhin fällt in



der Arbeit mit jungen Frauen auf, dass sie häufig subtile Formen der passiv-aggressiven Provokation praktizieren, die andere (junge Männer) zu Taten veranlasst, sie selbst aber nicht als Täterin erkennbar werden lässt.

Es üben deutlich mehr Jungen und Männer physische Gewalt aus als Mädchen und Frauen. Allerdings werden

Frauen, die Gewalt ausüben, von Polizei und Pädagog_innen auch übersehen bzw. nicht ernst genommen. Man traut ihnen scheinbar keine Brutalität und Militanz zu. Das nutzen rechtsextreme und islamistische Organisationen aus, indem sie Frauen strategisch einsetzen, auch für Gewalthandlungen (Verprügeln von „linksorientierten Zeckenmädchen“, Transport von Waffen und Sprengstoff u.a.). Jugendämter, Polizei und Justiz müssen hinsichtlich der Formen der Gewaltausübung von Mädchen und Frauen sensibilisiert werden. Es muss ein Verständnis dazu hergestellt werden, dass Anstiftung und Aufruf zu Gewalt, verbale Attacken sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hassäußerungen und deren Verbreitung im Kontext von rechtsextremen Orientierungen und militanten-religiösem Fundamentalismus ebenfalls Ausdruck von Gewalthandeln sind und damit stärker geahndet werden müssen.

Oft bieten Träger gerade für junge Frauen Anti-Gewalt-Trainings in Einzelsettings an, nicht zuletzt um den geringen Fallzahlen gerecht zu werden. Organisationen, die Gruppentrainings für Mädchen anbieten, haben teilweise Schwierigkeiten ihre Mindestteilnehmerinnenzahl zu erreichen.

Neben der Sensibilisierung bezüglich Formen weiblicher Gewalthandlungen im Kontext von Rechtsextremismus und militanten-religiösem Fundamentalismus müssen verstärkt mädchen- bzw. frauenspezifische Anti-Gewalt-Trainings (etwa im Rahmen der familienorientierten Hilfen, siehe oben) angeboten werden. Die Trainings und Einzel-fallhilfen sollten die Persönlichkeitsstärkung von jungen Frauen mit der Reflexion der eigenen Genderidentität und bestehenden Genderkonflikten mit den ideologischen Vorstellungen und der persönlichen Gewaltaufarbeitung verbinden.

Erfolgreiche Praxis: Beispiele aus der prakti- schen Arbeit

BERATUNG UND FORTBILDUNG

- **ARUG: Projekt „Frauen im Rechtsextremismus“**
Fortbildungen, Fachaustausch und Sensibilisierung zu Frauen im Rechtsextremismus
- **cultures interactive e.V.** Hako_reJu-Fortbildungs-
modul zu Gender und Rechtsextremismus, fachliche
Begleitung, Coaching von Kommunen und Jugendar-
beiter_innen, Fortbildungen für Studierende sozialer
Arbeit und Mitarbeiter_innen aus Kitas
- **Dissens Institut für Forschung und Bildung e.V.**
Fortbildungen für Schule und Jugendarbeit, Angebote
für Jugendliche, Reflexion von persönlichen und gesell-
schaftlichen Rollenbildern
- **Fachstelle Gender und Rechtsextremismus** Fortbil-
dungen, Fachaustausch und Sensibilisierung zu Frauen
im Rechtsextremismus, Reflexion von Rollenbildern im
Neonazismus

- **AGJF Sachsen e.V.: Modellprojekt „Mut vor Ort“**

Fortbildungen und Beratung von Jugendeinrichtungen,
Reflexion von Rollenbildern im Neonazismus

45



STRAFVOLLZUG

- **Miteinander e.V.: Modellprojekt „Rollenwechsel“**
Reflexion von Geschlechterrollen mittels theaterpädagogischer Ansätze
- **Violence Prevention Network e.V.:** Programm „Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt“ Trainings mit jugendlichen Gewaltstraftätern, die ihre Taten mit rechtsextremen, ethnozentristischen oder kulturell-religiösen Begründungen rechtfertigen; Reflexion von Männlichkeitsbildern im Kontext von gewalttätigen Rechtsextremismus und islamistischen Fundamentalismus als Teil der Trainings

AUFSUCHENDE UND OFFENE JUGENDARBEIT

- **cultures interactive e.V.** Trainingslehrgänge, Projekt-tage und Workshops für Jugendliche, genderreflektierte Jugendkulturangebote, zielgruppenspezifischer Ansatz für Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe
- **Dissens Institut für Forschung und Bildung e.V.**
Angebote für Jugendliche zur Stärkung alternativer Rollenbilder von Männlichkeit und Weiblichkeit
- **Strohalm e.V.:** Projekt „Heroes“ Multiplikator_innen-Fortbildungen von jungen Männern, um sich in Peer-



to-peer-Workshops an Schulen u.a. für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung im Namen der Ehre einzusetzen

- **Gangway e.V. Streetwork** u.a. mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Berlin
- **Miteinander e.V.:** Modellprojekt „Rollenwechsel“ Reflexion von Geschlechterrollen mittels theaterpädagogischer Ansätze
- **Vaja e.V. Streetwork** u.a. mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Bremen, „Team recl“ Arbeit mit rechtsextremen Cliquen

FAMILIENORIENTIERTE HILFEN

- **pad e.V.:** Projekt „Eltern stärken“ Beratung von Eltern von rechtsextremen Kindern, Organisation von Selbsthilfegruppen, Beratung und Fortbildung von Familienhelfer_innen im Umgang mit rechtsextremen Eltern
- **Lidice Haus Bremen:** Projekt „Rechte Jungs, rechte Mädchen – ratlose Eltern. Beratung von Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher“ Beratung und Begleitung von Eltern, Beratung und Weiterbildung von Fachkräften

- **Violence Prevention Network:** Projekt „Verantwortung übernehmen - Eltern stärken“ (REXEL) Arbeit mit rechtsextrem orientierten Eltern

ANTI-GEWALT-TRAININGS, die sich speziell an Mädchen richten und/oder Geschlechterbilder im Kontext von Gewaltverhalten reflektieren

- **Institut für genderreflektierte Gewaltprävention (IfGG): „TESYA – Training Empowerment Support Youth and Adults“** systemisch-lösungsorientiertes Antigewalttraining für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- **Denkzeit-Gesellschaft e.V.** Trainings und Programme gegen Gewalt, Delinquenz und Verhaltensauffälligkeiten in Berlin
- **Initiative für Münchner Mädchen IMMA e.V. „Cool for life“** Antigewalttrainings, EU-Projekt „girls using violence“, ZORA – Mädchengruppen der offenen Jugendarbeit, stationäre und ambulante Angebote in München

GEMEINWESENORIENTIERTE ANSÄTZE

- **Aufbruch Neukölln** durch Psychologen moderierte Vätergruppe, Reflexion von Männlichkeit und Gewalt
- **Hayat** Beratungsstelle für Eltern, Geschwister, Freunde, Lehrer, Arbeitgeber u.a. und direkte Arbeit mit radikalisierten Personen im Bereich Islamismus.
- **Kitab von Vaja e.V.** Beratungsstelle für Eltern und Pädagog_innen für den Bereich militant-islamistische Strömungen
- **Kulturbüro Sachsen e.V. Mobile Beratungsteams (MBT)**, Fachcoaching für Jugendhilfe, Förderung von demokratischer Teilhabe im Gemeinwesen
- **Amadeu Antonio Stiftung: Projekt „Lola für Lulu“**
Projekt im Zusammenhang mit der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus, Beratung und Fortbildung für Eltern, Kitamitarbeiter_innen u.a., Stärkung weiblicher zivilgesellschaftlicher Akteurinnen in der Region Ludwigslust (Lulu)

AUSSTIEGSHILFEN MIT GENDERSPEZIFISCHEN ERFAHRUNGEN

- **ARUG Ausstiegshilfe Braunschweig/Niedersachsen**
- **CJD Waren (Müritz): JUMP!** Sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit Mecklenburg-Vorpommern
- **(R)auswege** Ausstiegshilfe Rheinland-Pfalz
- **Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.**

Ein Projekt von:



Gefördert durch:



With the financial support of the Prevention of
and Fight against Crime Programme
European Commission
Directorate-General Home Affairs



Bundeszentrale für
politische Bildung

Impressum

cultures interactive e.V.
Verein zur interkulturellen
Bildung und Gewaltprävention
Mainzer Str. 11
12053 Berlin
Fon: 030 – 60 40 19 50
Fax: 030 – 60 40 19 46
info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

Konzeption und Inhalte

Silke Baer
Anika Posselius
Harald Weinhöck

Übersetzung

Rebeccah Dean

Layout

Anja Rothenbusch

Druck

Chromik Offsetdruck

Bildnachweis

cultures interactive e.V. : Seiten
2, 4, 15, 16, 17, 19, 20, 22, 25,
27, 29, 33, 37, 38, 40, 43, 45, 46
Katja Stephan: Seiten 12, 17., 35

